

Bericht aus dem Rathaus

DIE LINKE.
S C H W E R I N

März 2017

Betreuungsgeld finanziert wichtige Vorhaben

Ca. 670 Tausend Euro fließen in diesem Jahr aus dem vom Bundesverfassungsgericht gekippten Betreuungsgeld an die Landeshauptstadt Schwerin zurück.

Nachdem im Januar der Vorschlag einer Arbeitsgruppe keine Mehrheit gefunden hatte, einigten sich die Fraktionsvorsitzenden von LINKE, CDU, SPD und UB nun auf einen gemeinsamen Vorschlag. Demnach werden die Schaffung neuer KITA-Plätze bei verschiedenen Trägern und die Qualifizierung von Kindertagespflegepersonen finanziert.

Auch für das Projekt „Zeit für Kinder“ der kommunalen Kita gGmbH werden Mittel zur Verfügung gestellt. Durchsetzen konnte DIE LINKE darüber hinaus ein Modellprojekt für flexiblere Öffnungszeiten in verschiedenen Kindertagesstätten.

Zudem werden die Eltern von Krippenkindern bereits ein halbes Jahr vor der neuen Regelung im Kindertagesstättenförderungsgesetz des Landes entlastet. Folgerichtig sprach Fraktionschef Henning Foerster von einem guten Kompromiss.

Vier Fraktionen hätten sich aufeinander zu bewegt und eine Kampfabstimmung mit knappen Mehrheiten verhindert. Stefan Schmidt verteidigte das Engagement der LINKEN für das Projekt der Kita gGmbH. In Zeiten ständig steigenden Verwaltungsaufwandes könne die Unterstützung durch moderne Technik dazu beitragen, den Erzieherinnen und Erziehern wieder mehr Zeit für Kinder zu verschaffen.

Der gemeinsame Antrag wurde ohne Gegenstimme verabschiedet.

Sozialbericht soll tatsächliche Situation in der Stadt darstellen

Niemand bezweifelt, dass Schwerin sich in vielerlei Hinsicht gut entwickelt hat. Die Einwohnerzahlen steigen wieder, die Zahl der Arbeitslosen nimmt ab, die Bildungsinfrastruktur wird ausgebaut und auch namhafte Unternehmen haben zwischenzeitlich den Weg nach Schwerin gefunden.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass viele Kinder und Ältere in Armut leben, das die Zahl der von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Personen immer noch hoch ist, das Sonderangebote wie 24 Stunden Kitas insbesondere für Alleinerziehende und Teilzeitbeschäftigte mit kleinen Gehältern nicht finanzierbar sind und zudem die Sorge besteht, künftig nicht mehr ausreichend guten und bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Ein regelmäßig erhobener Sozialbericht soll die tatsächliche Situation analysieren und darüber hinaus bei strategischen Weichenstellungen in puncto Stadtentwicklung Berücksichtigung finden, begründete Henning Foerster den einstimmig beschlossenen Antrag der Linksfraktion.

Kinder- und Jugendrat stellt ersten eigenen Antrag

Über ein einstimmiges Votum durften sich die Kinder- und Jugendlichen freuen, die beantragt hatten, die Öffnungszeiten der öffentlichen Toilette am Bertha Klingberg Platz zumindest zur Sommersaison zu erweitern. Junge Leute nutzen den Schlosspark und die schwimmende Wiese bekanntlich gern für gemeinsame Aktivitäten und diese enden natürlich nicht zur Zeit des Sandmännchens. Das sahen auch alle Stadtvertreter so. Künftig kann das WC zur warmen Jahreszeit bis Mitternacht genutzt werden.

Neue Bolzplätze für Schwerin

Erneut hat sich die Fraktion um dieses Thema gekümmert. Zu den 15 bereits existierenden Bolzplätzen im Stadtgebiet sollen weitere in Görries und Warnitz dazukommen. Der bereits in Krebsförden existierende Bolzplatz wird aktuell aufgewertet. Geprüft wird der Bau weiterer Plätze in der Weststadt, der Werdervorstadt und auf dem Großen Dreesch. Die Baukosten je Platz liegen je nach Ausstattung zwischen 20 und 40 Tausend Euro.

Sie suchen aktuelle Informationen über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen?

Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter www.die-linke-schwerin.de

Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

Dwang Radweg kommt, Verwaltung muss Variantenprüfung vorlegen

Ein auch in Schwerin seltenes Bild bot sich dem interessierten Zuschauer bei der Abstimmung über das Radweg Projekt südlicher Dwang. Quer durch die Fraktionen gab es unterschiedliche Auffassungen zur Frage, ob es diesen Radweg braucht oder nicht. Auch die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter der LINKEN entschieden frei von irgendwelchen Fraktionszwängen. Am Ende setzten sich die Befürworter eines Dwang Radweges knapp durch.

Damit ist die Diskussion jedoch noch nicht zu Ende. Gerd Böttger verwies auf die nun anstehende Variantenprüfung und erinnerte in diesem Zusammenhang an den Vorschlag der Linksfraktion für eine alternative und dennoch attraktive Wegführung am Wasser.

Verwaltung soll Lage am Wohnungsmarkt untersuchen

Bezahlbare Wohnungen und bezahlbares Bauland, diesen Themen widmet sich der mehrfraktionelle Antrag von LINKEN, Grünen und UB. Helmut Holter schilderte treffend die derzeitige Lage am Schweriner Wohnungsmarkt und warb um Zustimmung für den Antrag.

Die erhielt er und deshalb ist die Verwaltung nun aufgefordert in einer Grobanalyse den Handlungsbedarf mit Blick auf den Bedarf an sozialer Wohnraumförderung, aktiver Liegenschaftspolitik, altersgerechtem Umbau im Quartier sowie klimafreundlichem Bauen vorzulegen.

In einem Workshop mit kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Wohnungsvermietern sollen dann Handlungsoptionen identifiziert werden. Die Ergebnisse werden der Stadtvertretung im Dezember 2017 präsentiert.

Buslinienführung Gartenstadt

DIE LINKE hat sich des Themas angenommen und einen Kompromiss zur Splittung der Linie 7 erwirkt. Die Erfahrungen damit wurden bewertet und die Fahrplankonferenz hat einen Vorschlag erarbeitet, wie der Fahrplan der Linie 7 künftig aussehen soll. Dabei sollten sowohl die Belange der Anwohner der Haselholzstraße, als auch der anderen Gartenstadtbewohner Berücksichtigung finden.

Gerd Böttger warb in der Debatte um Zustimmung für die mit dem Ortsbeirat abgestimmte Lösung. Selten habe er in seiner langen politischen Laufbahn erlebt, dass sich zwei Gruppen so unversöhnlich gegenüber gestanden hätten. Beide Seiten sollten sich nun aufeinander zu bewegen.

Baden an der Hafenkante Ziegelsee

Peter Brill wurde aufgrund einer Bürgeranfrage zu diesem Thema aktiv. Dass dort zuweilen gebadet wird, ist der Verwaltung bekannt. Um eine ausgewiesene Badestelle handelt es sich dagegen nicht. Das Baden erfolgt auf eigene Gefahr. Um Konflikte zwischen Badenden und Anwohnern auszuschließen, empfiehlt die Verwaltung das Thema zunächst in den beiden zuständigen Ortsbeiräten zu erörtern. Momentan ist die Aufstellung eines Verbotsschildes nicht geplant.

Erneuter Heizungsausfall bei Intown Häusern

Im Januar hatte DIE LINKE das Thema im Rahmen einer aktuellen Stunde aufgerufen. O-Ton der politischen Konkurrenz seinerzeit – „Was soll das?“ und „Worin liegt die Aktualität? Wie aktuell das Thema ist, zeigen leider die Entwicklungen der letzten Wochen. Funk und Fernsehen haben mittlerweile ebenfalls berichtet.

Da die Kaufverträge der Intown mit der WGS Zusicherungen bezüglich Investitionen, Instandsetzungen und Mieterbetreuung durch Einrichtung einer Geschäftsstelle in Schwerin enthalten, hat DIE LINKE erneut beim Oberbürgermeister nachgefragt, was er zugunsten der Mieter zu tun gedenkt.

Wir bleiben dabei, dass Verträge einzuhalten sind. Wenn Mieter tagelang ohne Strom und Wärme auskommen müssen, ist dies inakzeptabel. Daher sind mögliche Sanktionen zu prüfen.

Anpassung der KdU Richtlinie ist überfällig

Unterstützung signalisierte die Linksfraktion zum Vorhaben die Wohnungsgröße für Einpersonenhaushalte von Grundsicherungsbeziehern anzupassen. Fraktionschef Henning Foerster verwies darauf, dass kleine Wohnungen schon jetzt Mangelware seien und die Betroffenen somit keine Möglichkeit hätten, Kostensenkungsaufforderungen des Jobcenters umzusetzen.

Da Umzüge in kleinere Wohnungen nicht möglich und Untervermietungen nicht realistisch seien, wäre die Konsequenz einer unterlassenen Anpassung der angemessenen Wohnungsgröße von 45 auf 50 qm, dass die Betroffenen die Mehrkosten aus dem Regelsatz finanzieren müssten.

Die Linksfraktion möchte die Debatte zum Anlass nehmen, sich insgesamt noch einmal vertiefend mit dem Thema Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) zu befassen und hat den Antrag in die Ausschüsse überwiesen.

Sölle und Wanderwege um den Lankower See erlebbar machen

Den Antrag aus der Feder von Martin Frank begründete Irina Micheilis. Sie machte darauf aufmerksam, dass es einen fairen Ausgleich zwischen Naturschutz, Beweidung und der Nutzung des Areals zu Naherholungszwecken geben müsse.

Wenn Wege und Sölle, in denen sich zahlreiche Kleinstlebewesen beobachten ließen, durch Absperrungen nicht mehr zugänglich seien, würde die Stadt ihrem eigenen Anspruch zur Nutzung nicht mehr gerecht.

Wie man die verschiedenen Interessen unter einen Hut bringen kann, sollen jetzt die Beratungen in den Ausschüssen klären.

Pfandringe werden im April montiert

Dies teilte der Oberbürgermeister auf Anfrage der LINKEN mit. Sie werden am Marienplatz, am Hauptbahnhof, am EDEKA Markt Berthold Brecht Straße und am Ärztehaus Lankow montiert. Die Öffentlichkeit wird unter anderem durch einen Artikel in der Hauspost zum Ziel des Projektes informiert.